

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

15. II/55

Hannover, 15. 7. 47  
Tel. 20951/52

## Vorstufen für Deutschland

R.B. Die parteimässigen Zusammensetzungen des Wirtschaftsrates und des Exekutiv-Ausschusses haben vielseitige Kritik hervorgerufen und zugleich Vermutungen entstehen lassen, die der SPD eigensüchtige Absichten unterstellen wollen. Im Wirtschaftsrat befinden sich 23 Vertreter der Linksparteien, 29 der Rechten und zwei Angehörige des Zentrums. In vier von acht Ausschüssen führen Parteimitglieder der SPD den Vorsitz, was jedoch nur 31 Stimmen der Linken gegen 45 bürgerliche und drei des Zentrums zur Wirkung gelangen können. Die Annahme, die SPD werde möglicherweise die Politik des Wirtschaftsrates nicht mit dem notwendigen Schwerpunkt unterstützen, sondern ihr Augenmerk eher auf die Zweizonenunterrichten, entspricht keineswegs sozialdemokratischen Absichten. Schumacher hat in Nürnberg erklärt, "das Streben der deutschen Sozialdemokratie geht auf Deutschland als eine ökonomische, nationale, staatsrechtliche Einheit." - Als ein Vorbereiter hierfür wird der Wirtschaftsrat angesehen.

Als der Name des niedersächsischen Wirtschaftsministers Kubel in Verbindung mit dem neuen bizonalen Amt für Wirtschaft in Frankfurt genannt wurde, eine Institution, die nicht als Rechtsnachfolgerin des Hindenburg-Verwaltungsamtes für Wirtschaft zu beurteilen ist, sah man hierin eine Bestätigung der erwähnten Prognose und man fügte hinzu, Absatz würde nunmehr bezusagen als "neue Binnezone der Wirtschaft" im Hintergrunde funktionieren und um eine Koordinierung aller von den Ämtern und Räten beabsich-

tigten wirtschaftlichen Massnahmen mit der sozialdemokratischen Wirtschaftskonzeption besorgt sein. Solche Konstruktionen sind höchst hypothetischer Natur, ausserdem lassen sie den Grundgedanken der von der SPD betriebenen Politik völlig ausser Acht, die auf dieser Ebene nur Deutschland heissen kann.

Der Exekutiv-Ausschuss ist kein Konkurrenzunternehmen des Wirtschaftsrates und die Tatsache, dass in dem erstgenannten eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden ist, gibt die Garantie ab, dass Beschlüsse des Wirtschaftsrates nicht im Namen irgendwelcher Länderinteressen neutralisiert werden.

Der Mitarbeiter einer bedeutenden süddeutschen Zeitung formulierte die weitere Entwicklung etwa so, dass sich die Amerikaner bisher nicht im Klaren seien, ob der Wirtschaftsrat die in ihm gesetzten Hoffnungen erfüllen würde. Es wäre deshalb nicht allzu abwegig, wenn man annähme, die Zweizonenräter würden gegenüber dem Wirtschaftsrat an Einfluss gewinnen - dies umso eher, als die Schwefkraft eines gut organisierten Beamtenapparates nicht zu unterschätzen ist. Ob hier föderalistische Zielsetzungen eine Rolle spielen, sei dahingestellt, auf jeden Fall beweisen solche Gedanken die Haltlosigkeit der von der SPD ausgesprochenen Vermutungen.

In Frankfurt sind zum erstenmal wieder schwarz-rot-goldene Fahnen gezeigt worden, die symbolhaft die Eröffnungsrede des hessischen Ministerpräsidenten Christian Stock illustrierten, der den Gedanken der deutschen Einheit starken Nachdruck verlieh.

Wirtschaftsrat, Exekutiv-Ausschuss und Zweizonenräter sollen höhere als Länderinteressen wahrnehmen. Sie sind durchaus nicht nur Zoneninstrumente, sondern sie werden vielmehr das Fundament zukünftiger Reichsbehörden bilden und mithelfen, eine deutsche Regierung zu erreichen.

Zonenbeirat und die "Ständige Konferenz der Ministerpräsidenten der britischen Zone", sowie der Süddeutsche Länderrat müssen, unter diesen Aspekten gesehen, an Bedeutung zurückstehen. Die Frage, ob die Zonenräter in Frankfurt noch notwendig sind und ob der Exekutiv-Ausschuss seine Anweisungen nicht direkt an die Länder erteilen kann, muss aus dem vorher erwähnten Grunde verneint werden. Es bestünde sonst die Gefahr, dass deutsche Gedanken in föderalistische Taten umgesetzt würden, die weit der Zonenbeirat lediglich eine demokratische Verzierung der englischen Bodenreformplan herausstellen. Als tatsächliche Vorstufe für ein zukünftiges Deutschland können bisher nur die Einrichtungen des Wirtschaftsrates und der damit verbundenen Organisation betrachtet werden.

## Flüchtlingsausgleich

Zur bevorstehenden Ministerkonferenz in  
Bad Segeberg

Ministerpräsident Lüdemann hat als Vertreter des am stärksten von der Flüchtlingsfrage betroffenen Landes Schleswig-Holstein in Durchführung eines Beschlusses der Ministerpräsidenten-Konferenz in München die Fachminister für Flüchtlingsfragen aller deutschen Länder zu einer Konferenz am 24. und 25. Juli 1947 nach Bad Segeberg eingeladen. In der Münchener Entschliessung zur Flüchtlingsfrage war unter Zustimmung aller beteiligten Regierungen, wozu auch aus den Ländern der Ostzone keine Bedenken geäussert wurden, an die Alliierten der dringende Appell gerichtet worden, einen Flüchtlingsausgleich zu ermöglichen und alle Massnahmen einer deutschen Selbsthilfe zu unterstützen. Es ist notwendig, dass die Lebensmöglichkeiten der einheimischen Bevölkerung gesichert bleiben und demzufolge eine gleichmässige Verteilung der Flüchtlinge auf ganz Deutschland erfolgt. Hierbei werden die sozialen und geographischen Verhältnisse und die örtlich gegebenen Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen berücksichtigt werden müssen. Dazu ist unter grosszügiger und unbürokratischer Regelung der einzelnen Länder vor allem eine beschleunigte Familienzusammenführung zu ermöglichen. Jede Familie muss endlich am Wohnsitz des Ernährers wieder zusammengeführt werden. Das ist notwendig aus arbeitsmarktpolitischen, ernährungsrechtlichen und vor allem psychologischen Gründen.

Rund 13 Millionen Deutsche verlieren durch die Kriegsergebnisse ihre Heimat. Davon sind etwa 6 Millionen nach Schätzung des Instituts für Weltwirtschaft bis zur November 1945 in das besetzte Deutschland geflüchtet, weitere 6,5 Millionen sind seit 1946 infolge der Ausweisungen aus den Ostgebieten und den Oststaaten in den enger gewordenen deutschen Raum eingeströmt. Auf dem Deutschland verbliebenen 355 680 qkm leben nach der Volkszählung des vorigen Jahres jetzt 65 890 600 Menschen; 1939 wohnten auf dem gleichen unzerstörten Raum nur 59 Millionen Menschen. Die meisten Flüchtlinge sind arbeitsunfähige alte Leute und Kinder. Die industrielle Arbeitsbasis aber ist auch für die arbeitsfähigen Einheimischen und Zugewanderten weitgehend durch Demontage und Rohstoffmangel zerstört. Das mehr würde auch eine Lösung des Flüchtlingsproblems die Voraussetzung für die Neuordnung aller wirtschaftlichen und arbeitstechnischen Verhältnisse sein, woran alle deutschen Länder in gleicher Weise interessiert sein müssen.

Interessant ist ein Vergleich der Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Zonen. Dabei fällt auf, dass die französisch besetzte Zone so gut wie gar keine Flüchtlinge aufgenommen hat, obwohl sie das Gebiet mit der geringsten Bevölkerungsdichte (141 auf 1 qkm) umfasst.

Die britische Zone ist heute am stärksten bevölkert (228 auf 1 qkm). In ihr wiederum ist die Verteilung der Zugewanderten besonders auffallend ungleichmässig. Schleswig-Holstein hat zu seinen 1,4 Millionen alten Einwohnern 1,2 Millionen Zuwanderer aufnehmen müssen. Dabei ist es das mit Abstand am wenigsten besiedelte Land in alten Deutschland gewesen. Die einzige Großstadt Kiel ist durch Kriegseinwirkungen zu 80% zerstört. Hier zeigt sich das grosse Flüchtlingselend und die absolute Unmöglichkeit, in dem kleinen Land selbst ohne Herausnahme von mindestens 500 000 Flüchtlingen auch nur die bescheidensten normalen Lebensverhältnisse zu schaffen, besonders deutlich. Weder ein industrieller Arbeitseinsatz, noch eine Versorgung mit Brot, Obst, Fleisch, Kleider- und Gebrauchsgegenständen ist möglich. Die Erhaltung ist trotz des Überschusses an Vieh- und Milchzeugnissen, die zur Mitversorgung Hamburgs und des Ruhrgebietes erforderlich sind, absolut ungesichert. Die Tuberkulose steigt in diesem Land wie nirgendwo anders.

Die amerikanische Zone weist eine Flüchtlingsbelegung bis zu 24% der früheren Dlnz. Inerzahl auf. Der Zahl nach hat Bayern mit 1,7 Mill. neuen Ausgewiesenen die meisten Flüchtlinge aufgenommen; die Bevölkerungsdichte ist aber dennoch relativ gering und nur auf 128 pro qkm gestiegen.

Die Ostzone hat mit ihrem grössten Flächenraum in ihren fünf Ländern, die 107 800 qkm umfassen, rund 3,9 Millionen Neubürger untergebracht. Auch hier sind Mecklenburg und Sachsen-Anhalt schwer überlastet. Die durchschnittlich Bevölkerungszunahme in der sowjetischen Zone beträgt 20-25%. Wenn man aber etwa Mecklenburg, in dem jetzt 91 Einwohner je qkm gegenüber früher 59 auf 1 qkm kamen, mit Schleswig-Holstein vergleicht, das jetzt über 70% Fremde aufweist, dann ergibt sich die Schwere des Gesamtproblems!

Aufgabe der auf sozialdemokratische Initiative einberufenen Minister-Konferenz in Bad Segeberg wird es sein, die unerlässliche gesetzgebende Regelung für alle deutschen Länder nach einheitlichen Richtlinien vorzubereiten. Die Tatbestände sind überall bekannt. Parteipolitische Differenzen gibt es hier nicht. Es ist zu erwarten, dass es diesmal an der einheitlichen Willen aller deutschen Länderregierungen nicht fehlen wird. Schleswig-Holstein kann hoffen, dass auch dem Teilerfolg der Münchener Konferenz auch die damals nicht beteiligten Länder an den Beratungen und daraus folgendem gesetzlichen Massnahmen beteiligt sein werden. Hier lässt sich an einer Wurzel des grossen deutschen Problems der Einheit ein wichtiges Stück praktischer Zusammenarbeit verwirklichen. Millionen warten auf praktische Hilfe, müssen wieder eine Heimat erhalten. Die Heimat- und Besitzlosen, die noch in allen Teilen Deutschlands verstreut leben, sollen zueinander finden.

-r.

### Frankreichs Kommunisten am Scheidewege

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Kriach

Der Parteitag der kommunistischen Partei Frankreichs, der Ende Juni in Strassburg stattfand, verdient über die Grenzen des Landes hinaus Beachtung. Es wurde auf ihn offensichtlich, in welcher Richtung die französischen Kommunisten sich in Zukunft festlegen werden und mit welcher Taktik sie zu arbeiten gedenken.

Die KP Frankreichs steht seit einiger Zeit vor der Wahl zwischen einem revolutionären Linkkurs und einem opportunistisch-demokratischen Kurs. Der Parteitag kam sogar mitunter zu Abstimmungen über politische Richtlinien. Dabei stellte es sich heraus, dass der linke Flügel, repräsentiert durch die Arbeiter, mit der Passivität der Parteileitung nicht mehr zufrieden ist und von ihr eine revolutionäre Haltung erwartet. Der Strassburger Parteitag insgesamt aber wurde zu einem vorläufigen Verzicht auf revolutionäre Methoden. Er stand unter dem Zeichen der Forderung: Die Wiederaufnahme der Kommunisten in die Regierung. Thorez ist nicht davon zurückgeschreckt, offen gegen die "Neigung nach links" (Gauchisme) Stellung zu nehmen, mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, für die Partei in allen Bevölkerungsschichten Fuss zu fassen. Er sagte dabei wörtlich: "Während unsere Stimmen bei den Wahlen zunehmen, geht unsere Mitgliederzahl zurück". Die französischen Kommunisten glauben wahrscheinlich nicht mehr an den Erfolg einer revolutionären Massenbewegung. Sie verzichten heute auf ihre revolutionären Tendenzen, in der Hoffnung, dadurch die Mehr-

heit des französischen Volkes hinter ihren Fahnen zu sammeln. Es ist andererseits durchaus nicht ausgeschlossen, dass in Frankreich zur Linken der Kommunisten eine anarchistisch-trotzkistische Bewegung zum Entstehen kommt.

Der Einbruch in das Bürger- und Bauerntum war eine der wichtigsten Thesen des Strassburger Kongresses. Der Propagandaleiter, Léon Mauvais, hat hierzu in bemerkenswerter Offenheit erklärt, dass die kommunistische Partei allen offenstehen müsse, "selbst wenn sie nicht ihre philosophischen Anschauungen teilt, unter der Bedingung, dass sie die Parteidisziplin respektieren und nicht versuchen, im Innern der Partei für eine von der Parteilinie abweichende Weltanschauung Propaganda zu machen".

Die Intellektuellen wurden besonders umworben. Der Hauptgegner der Kommunisten in diesen Kreisen scheint der Existenzialismus zu sein, der dann auch von Thorez als pessimistischer und zerstörender Nihilismus gebrandmarkt wurde. Aber bevor die Intellektuellen sich in den Dienst der Kommunisten stellen, werden sie sich vielleicht auch daran erinnern, dass in derselben fünfstündigen Rede der gleiche Thorez Léon Blum gewissermaßen als sozialistischen Renegaten gekennzeichnet hat, weil er nicht das Irreführende der Materie über den Geist anerkennen will.

Der opportunistische Kurs der KP Frankreichs kommt auch in einer betont nationalistischen Haltung zum Ausdruck - dies freilich schon seit geraumer Zeit. Es ist nicht nur ein geschichtlicher Niersinn, sondern die Verleumdung jedes Internationalismus, wenn der Generalsekretär einer kommunistischen Partei erklärt: "Der Kommunismus ist historisch gesehen ein echter Ausfluss des französischen Gedankengutes..." Der Fortschritt des klassischen Nationalismus wird heute von den Kommunisten in Theorie und Praxis unermüdlich verkörpert; Souveränität, nationale Vorrechte, "lieber schwarzes Brot essen, als vom Ausland abhängig sein" - sind einige der häufigsten Parolen. Gegen solche Gedanken und Begriffe kämpft die internationale Arbeiterbewegung seit einem Jahrhundert.

In der Deutschen Frage lassen sich die kommunistischen Forderungen wie folgt zusammenfassen: wirtschaftlicher Anschluss der Saar, Reparationen, Entnazifizierung, Sanierungsprogramme für die Ruhr und langandauernde Besetzung. Gegen den Marshall-Plan wendet Thorez unter anderem ein, dass die Reparationsfrage liquidiert und Deutschland auf eine gleiche Stufe gestellt mit Frankreich und den anderen Nationen, die zu Opfern des Hitler-Angriffes wurden. Die Ausgebombten von Stalingrad und Dünkirchen müssten so zuerst Deutschland wieder aufbauen.

Es ist bezeichnend, dass den Massen auf dem Strassburger Parteitag immer wieder versichert wurde; die kommunistische Partei ist sich treu geblieben, sie hat sich nicht geändert. Diese Behauptung steht in offenem Widerspruch zu den Tatsachen. Der Verzicht auf jede revolutionäre Haltung, das Verbot für Bürger, Bauern und Intellektuelle, ohne Rücksicht auf weltanschauliche Überzeugung, sofern unbedingte Parteidisziplin gewahrt wird, all das besiegelt gewissermaßen die skizzierte Tendenz der Kommunisten Frankreichs. Eine andere Frage ist, ob diese kleinbürgerlich-demokratische Maske der Partei den erschatzten Erfolg bringen wird. Die Ablehnung des Marshall-Planes durch die Sowjetunion und damit auch durch die französischen Kommunisten dürfte für die KP Frankreichs wohl ebenso peinlich sein wie für die osteuropäischen Staaten. Es ist, in der Tat, kein Geheimnis, dass der französische Bürger, Bauer und Intellektuelle, und selbst der französische Arbeiter, in der Verwirklichung des Marshall-Planes die beste, wenn nicht die einzige Möglichkeit sieht, sein Land wieder auf die Füße zu stellen.

### Kriegsgefangene vor französischen Kindern

Wieviel Trauer hat der grosse Krieg auf die ganze Mutter Erde geleitet. Das Jass dieses Grauens ist für viele fast zu gross. Von uns Überlebenden wird der grosse Mut gefordert, alles zu unternehmen, um ein solches wahrsinniges Blutvergiessen für alle Zukunft zu vermeiden. Das war der Ruf, der uns Kriegsgefangene in Frankreich Sept 184 an die Menschlichkeit glauben und appellieren liess. Deshalb haben wir Kriegsgefangene von Soulae es unternommen, vor französischen Kindern und Müttern der Stadt Soulae zur Her einen "bunten Kinderschnitt" zu gestalten. Wir wollten damit beweisen, dass wir neue, bessere Wege zur Verständigung der Völker zu sehen bereit sind.

Unsere Ehren Gäste waren 300 Schulkinder mit ihren Lehrerinnen, Lehrern und Müttern, unser Kommandant mit seinen Offizieren, der Bürgermeister der Stadt, der Vertreter der Kirche. Das war ein Lauschen und Staunen, als die kleinen Gäste in unsere festlich geschmückte Theaterbaracke geführt wurden. Es leuchteten die Trikolore und die schwarz-rot-goldene Fahne. Da war eine grosse Bühne, und da sassen auch die vielen Priester.

Die Begrüssungsworte eines Kriegsgefangenen eröffnete die Veranstaltung: "Keine lieben französischen Kinder! Ihr werdet wirklich erstaunt sein, dass gerade ihr unsere Gäste sein sollt. Das aber ist gerade unsere grosse Freude. Wir wollen damit beweisen, dass wir als Deutsche keinen Hass gegen eure grosse Nation hegen, dass wir in euch nicht die Feinde sehen, sondern wir glauben und wissen, dass es viel besser ist, wenn sich alle Menschen in der ganzen Welt gut vertragen und untereinander gute Freundschaft halten. Wir wollen keinen Krieg mehr und ich weiss, eure Väter, Mütter und Brüder wollen auch keinen Krieg mehr. Ihr, liebe Kinder, sollt heute die ersten Zeugen unseres ehrlichen Friedenswillens sein."

Der starke Beifall unserer Gäste tat uns allen aufrichtig wohl. Dann ging der Vorhang auf und blanke Kinderaugen strahlten erwartungsvoll und alle jubelten Beifall, als Kasper die Kinder in französischer Sprache begrüßte und Artisten, Zauberkünstler und Clowns in bunter Reihenfolge über die Bühne wechselten. Unsere Kapelle spielte französische Kinderlieder, die von unseren kleinen Gästen munter mitgesungen wurden.

Der Direktor der Soulae-er Schule ergriff zum Abschluss das Wort und sagte: "Bevor ich das Theater verlasse, möchte ich dem Herrn Kommandanten dafür danken, diese eindrucksvolle Veranstaltung der deutschen Kriegsgefangenen gestattet und gefördert zu haben. Ich danke ebenfalls all denen, die den französischen Kindern einen Augenblick der Freude verschafft haben. Ich bitte die Kriegsgefangenen in ihrem Heimatland, in welches sie hoffentlich bald zurückkehren werden, jene Gedanken, die sie heute geweckt haben, im gleichen Sinne weiter auszubauen. Dann wird trotz einiger unangenehmer Erinnerungen, die heute noch zwischen uns stehen, der Tag kommen, wo wir vielleicht in einem gemeinsamen und endgültigen Einverständnis dazu gelangen, den Krieg, der uns so oft zum grössten Unglück unserer beiden Völker verfeindet hat, endgültig zu beenden." (b/Bl/15781/ju/)

### Fontane Worte

Die höchste Lebensform heisst; in Freiheit dienen

+

Die engherzige Weisheit endgültiger Urteile ist bequem, stellt aber nicht einmal den Versuch dar, gerecht zu sein.

+

### Vor neuen Veränderungen im englischen Kabinett

L.R. London, Mitte Juli

In London rechnet man mit einer baldigen Umbesetzung der englischen Regierung, durch die die Führung der englischen Nation gestärkt werden soll. Dieses Ziel streben vor allem die Parlamentsmitglieder der Labour Party und die Gewerkschaften an. Man erwartet, dass Hugh Dalton, der englische Schatzkanzler, dessen Ansehen in den letzten Monaten gewonnen hat, ersucht wird, grössere Verantwortung innerhalb des Kabinetts zu übernehmen und dadurch Clement Attlee zu entlasten. Lord Listowel, der jetzige Staatssekretär für Indien und Burma, ist für den neu geschaffenen Posten des Staatsministers für die Verbindung des Commonwealth in Aussicht genommen und dürfte Lord Addison beigegeben werden. Lord Addison, der zugleich Leader des Oberhauses ist, hätte dann mehr Zeit, sich seiner Aufgabe im Oberhaus zu widmen. (m/10/157/1/he)

### Arbeiter- und Bauern-Erfolg in der Schweiz

B.T. Bern, Mitte Juli

Das Schweizer Volk hat in einer kürzlichen eidgenössischen Abstimmung trotz heftiger Bekämpfung durch anonyme reaktionäre Kreise, mit der starken Mehrheit von rund 900,000 Stimmen gegen 235,000 ein Gesetz über die Einführung der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung angenommen. Gleichzeitig wurde mit 580,000 gegen 520,000 Stimmen eine Revision der Bundesverfassung gutgeheissen, durch welche der Bund in wichtigen Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen die Gesetzgebungsbefugnis erhält.

Wie noch nie sind in dieser schweizerischen Volksabstimmungskampagne die Arbeiter- und die Bauernschaft zu einem staatspolitischen Erfolg von grosser Tragweite für die schweizerische Demokratie zusammengeführt worden. (b/147/1/he)

### Wirtschaftsplanung in Norwegen

Hü, Oslo, Mitte Juli

In Norwegen hat letzthin eine tiefgreifende Änderung der Wirtschafts-gesetzgebung des Landes Platz gegriffen, die von grosser grundsätzlicher Bedeutung ist. Die vom norwegischen Parlament mit den Stimmen der sozialdemokratischen Mehrheit angenommene "Lex Thaugard" ermöglicht dem Staat weitgehende Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Die Regierung kann den Gewerbetreibenden verbieten, dass sie die Produktion und den Umsatz einschränken oder stoppen. Sie kann neue Unternehmen untersagen und die Expansion bestehender Betriebe verhindern. Schliesslich können Preise und Handelsbedingungen von den Behörden festgesetzt werden.

In der lebhaften Debatte, die der Annahme des Gesetzes vorausging, erklärte der sozialdemokratische Ministerpräsident Gerhardsen, dass Norwegen am Beginn einer Entwicklung zur wirklichen Wirtschaftsdemokratie stehe. Es müsse eine Institution geschaffen und entwickelt werden, die die Wirtschaftsentwicklung genau verfolgt und im Bedarfsfall wirksam eingreifen kann, um die gegebenen Möglichkeiten auf beste Weise auszunützen. Auch das neue Gesetz habe sicher nur einen provisorischen Charakter.

Die bürgerlichen Parteien hatten vergebens versucht, einen Gegen-vorschlag durchzusetzen. (b/üb/147/1/he)

## Die Polen in Zürich

## Ein Wort der Mahnung aus Amsterdam

"Wenn man der deutschen Sozialdemokratie kein Vertrauen entgegenbringen kann, wem dann wohl? Auf diese Frage haben die vier wichtigsten der gegen die Aufnahme stimmenden Länder keine aufrichtige Antwort geben können. Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn drehten und wanden sich. Im vorigen Jahre, in Bournemouth, da die Polen ebenfalls gegen die Zulassung der SPD sprachen, konnten sie noch immer auf eine gewisse Sympathie bei einem Teil des Kongresses rechnen. Damals blutete Polen noch aus vielen schweren Wunden, die hatte das polnische Volk, Juden und Nichtjuden, unter der deutschen Besetzung gelitten! Der polnische Hass gegen die Deutschen war begreiflich. Nicht jeder in Bournemouth war bereit, jedes Wort des polnischen Protestes auf die eigene Kappe zu nehmen, doch beugten viele aus Mitleid mit dem gepönbigten Polen ihr Haupt in der Hoffnung, dass die Zeit die tiefen Wunden heilen werde.

Es war noch zu früh, in Zürich von denselben Polen allein Billigkeit erwarten zu können. Doch muss man wohl, vor allem von einer sozialistischen Partei, Aufrichtigkeit verlangen, da es darum geht, neuen Verhältnissen gegenüber objektiv zu sein. Aber das taten die polnischen Sozialisten in Zürich am allerwenigsten - die polnischen Sozialisten, die sonst keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu versichern, wie unabhängig sie von den Russen und Kommunisten sind. Voll bitterer Kritik gegen die SPD und ihre nicht sehr glorreiche Vorgangenhait. A la bonne heure - was wahr ist, muss gesagt werden, auch wenn man sich in das eigene Fleisch schneidet. Aber kein Wort der Kritik gegenüber der Haltung der ehemaligen deutschen Kommunisten, die, das ist deutlich, Engel gewesen sind. In einem polnischen sozialistischen Blatt ist sogar eine Zeichnung erschienen, die in einer Reihe die Köpfe aller in Nürnberg verurteilten deutschen Kriegsverbrecher zeigt. Ganz rechts in der Reihe prangt der Kopf Schumachers. Alle Köpfe waren durchkreuzt, nur der Kopf Schumachers nicht. Mit anderen Worten: der einzige Kriegsverbrecher, der noch auf seinem Galgen wartet, ist der Sozialdemokrat Schumacher. Grumbach hat recht getan, als er, mit der Zeichnung in der Hand, den Polen zornig zurief: "Ça me révolte!" - Dagegen protestiere ich. Es schmerzt uns, dass wir an die Adresse unserer polnischen Freunde sagen müssen: wer sich unter das Joch Moskaus so duckt, hat eine Sklavenseele statt einer Slawenseele.

Hätte Südafrika dafür gestimmt, dann wären Polen, Tschechen, Ungarn und Rumänien in der Minderheit geblieben. Einige sagen: dann ist es eben aus, und besser ein heiliger Krieg als ein falscher Friede. Aber dann hätte man diese vier sozialistischen Parteien unerbittlich in die Arme der Kommunisten gejagt. Definitiv hätte die im Norden begriffene Internationale den Trennungstrich gezogen zwischen Ost und West. Dann wäre ein Bericht unmöglich gewesen, den wir mit viel Genuss im "Daily Herald" lasen: dass eine Gruppe tschechischer Sozialdemokraten teilnehmen soll an einem Kursus der Parteidemokratie in den Sommerschulen der britischen Arbeiterpartei. - Das Aufbauen einer neuen Welt erfordert Geduld. Dasselbe gilt auch für die Rekonstruktion der Sozialist. International. Von Revolutionsbauten wollen wir nichts wissen." (Aus einer nachträglichen Betrachtung von "Hat Vrijje Volk", Amsterdam, zur Züricher Sozialistenkonferenz)

Verantwortlich: Peter Rammus, Hannover